



**Version für die Behandlung an der Gemeindeversammlung vom 28. März 2019**

Die wesentlichen Anpassungen wurden auf der Basis der anschliessend aufgeführten Grundlagen vorgenommen:

1. Anpassungen an übergeordnetes Recht (Gemeindegesezt GR)
2. Sprachliche Anpassungen (z.B. gemäss Mustergesezt)
3. Anpassungen aufgrund von Empfehlungen des Amtes für Gemeinden.

Hinweise:

Die Änderungen sind sichtbar (rote und blaue Einträge)

Die Artikelnummerierung und das Inhaltsverzeichnis werden nach der Behandlung durch die Gemeindeversammlung noch angepasst.

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Allgemeine Bestimmungen</b> .....	<b>3</b>
(Art. 1 - 28)	
<b>II. Gemeindeorganisation</b> .....	<b>8</b>
(Art. 29 - 51)	
1. Ordentliche Gemeindeorgane .....	8
(Art. 30 - 56)	
a) Die Gemeindeversammlung .....	8
(Art. 30 - 40)	
b) Der Gemeindevorstand .....	11
(Art. 41 - 49)	
c) Die Geschäftsprüfungskommission .....	13
(Art. 50 - 51)	
d) Der Schulrat .....	14
(Art. 52 - 56)	
2. Gemeindeverwaltung / Gemeindeangestellte .....	14
(Art. 57 - 59)	
<b>III. Finanzen, Steuern und andere Abgaben</b> .....	<b>15</b>
(Art. 60 - 68)	
<b>IV. Bürgergemeinde</b> .....	<b>17</b>
(Art. 69)	
<b>V. Kirchwesen</b> .....	<b>17</b>
(Art. 70)	
<b>VI. Schlussbestimmungen</b> .....	<b>17</b>
(Art. 71 - 73)	

## VERFASSUNG DER GEMEINDE FLERDEN

### I. Allgemeine Bestimmungen

#### Artikel 1

*Die Gemeinde* Die Gemeinde Flerden ~~bildet mit ihrem Gebiet eine politische Gemeinde des Kantons Graubünden ist eine öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft. Sie besteht aus den auf ihrem Gebiet wohnhaften Personen.~~

#### Artikel 2

*Autonomie* Im Rahmen der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons steht der Gemeinde das Recht der freien Selbstverwaltung zu.

Die Gemeinde übt in den Grenzen ihrer gesetzlichen Zuständigkeit die Hoheit über alle auf ihrem Gebiet befindlichen Personen, Tiere und Sachen aus.

#### Artikel 3

*Aufgaben* Die Gemeinde besorgt die ihr übertragenen Aufgaben, und die Aufgaben, die sich ihr zum Wohle der Allgemeinheit stellen.

*A. Im Allgemeinen* Sie fördert die kulturelle Entwicklung sowie die soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt und erlässt die notwendigen Gesetze und Verordnungen.

#### Artikel 4

*B. Im Besonderen* Zu den Aufgaben der Gemeinde gehören, unter Vorbehalt des eidgenössischen und kantonalen Rechts, insbesondere folgende Bereiche:

- a) Allgemeine Verwaltung
- b) Öffentliche Sicherheit (niedere Polizei, Feuerwehrwesen, Zivilschutz)
- c) Bildung (Volksschule und Kindergarten)
- d) Kultur und Freizeit (Natur- und Denkmalschutz)
- e) Gesundheitswesen (Gesundheitspolizei)
- f) Soziale Wohlfahrt (Sozialhilfe)
- g) Verkehr (Strassenwesen, Bauwesen)
- h) Umwelt und Raumordnung (Ortsplanung, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Friedhofwesen, Umweltschutz)
- i) Volkswirtschaft (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Stromversorgung, Tourismus)
- j) Finanzen und Steuern

### Artikel 5

*C. Auslagerung* Die Gemeinde kann die Erfüllung bestimmter Aufgaben auf öffentlich- oder privatrechtliche Körperschaften, Anstalten, Stiftungen oder an Private übertragen.

### Artikel 6

*Amts- /Schulsprache* Die Amts- und Schulsprache der Gemeinde ist deutsch.

### Artikel 7

~~*Gleichstellung der Geschlechter* Personen und Funktionsbezeichnungen in dieser Verfassung beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn der Verfassung nichts anderes ergibt.~~

### Artikel 8

*Stimm- und Wahlrecht für Personen mit Schweizer Bürgerrecht* Das Stimm- und Wahlrecht steht allen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern zu, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und in der Gemeinde wohnen.

*für Ausländerinnen und Ausländer in Gemeindeangelegenheiten* In Gemeindeangelegenheiten steht das Stimm- und Wahlrecht Ausländerinnen und Ausländern zu, welche das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, über eine Niederlassungsbewilligung C verfügen und in der Gemeinde wohnen

~~Wegen Geistesschwäche oder Geisteskrankheit Entmündigte sind nicht stimmberechtigt.~~

~~Personen welche wegen dauernder Urteilunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden, sind davon ausgenommen.~~

Formatiert: Schriftart: Kursiv

### Artikel 9

*Wählbarkeit* Jeder Stimmberechtigte kann in eine Gemeindebehörde gewählt werden.

### Artikel 10

*Amts-dauer* Die Amtsdauer der Gemeindebehörden beträgt zwei Jahre.

### Artikel 11

*Demission* Jedes Mitglied einer Gemeindebehörde hat seine Demission mindestens am 1. Januar vor der Wahlversammlung dem Gemeindevorstand schriftlich mitzuteilen.

### Artikel 12

*Zeitpunkt der Wahlen und Amtsantritt* Die Wahlen zur Bestellung der Gemeindebehörden finden jeweils im Monat März statt.

Der Amtsantritt erfolgt am 1. April. Der abtretende Amtsinhaber ist zu einer geordneten Amtsübergabe verpflichtet.

### Artikel 13

#### Ersatzwahlen

Scheidet im Laufe einer Amtsperiode ein Amtsinhaber aus irgendeinem Grunde definitiv aus dem Amt aus, so ist für den Rest der Amtsperiode eine Ersatzwahl zu treffen, sofern die nächste ordentliche Wahl nicht innerhalb der nächsten 6 Monate stattfindet. Für die Ersatzwahl gelten die gleichen Bestimmungen wie für die ordentlichen Wahlen.

~~Sind die Voraussetzungen zur Durchführung einer Ersatzwahl nicht erfüllt, nimmt der Stellvertreter anstelle des ausgeschiedenen ordentlichen Mitgliedes an den Verhandlungen der Behörde teil.~~

#### **Neuer Artikel Beschlussfähigkeit und Stimmpflicht gem. Art. 11 und 12 MV**

Eine Behörde ist beschlussfähig, wenn mindestens die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.

Jedes Behördenmitglied ist bei Abstimmungen und Wahlen zur Stimmabgabe verpflichtet. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über den Ausstand.

Formatiert: Textkörper-Zeileneinzug, Block, Einzug: Links: 0 cm, Erste Zeile: 0 cm, Tabstops: Nicht an 4 cm + 12 cm + 13 cm

Formatiert: Schriftart: (Standard) Arial, Fett, Hervorheben

Formatiert: Schriftart: Fett

### Artikel 14

#### Ausschlussgründe

Verwandte und Verschwägerte in gerader Linie, Geschwister, Ehegatten und Personen, die zusammen in eingetragener Partnerschaft oder faktischer Lebensgemeinschaft leben, dürfen nicht gleichzeitig derselben Gemeindebehörde angehören.

Diese Ausschlussgründe gelten auch zwischen Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission und den Mitgliedern des Gemeindevorstandes.

### Artikel 15

#### Unvereinbarkeitsgründe

~~Ein ständiger~~**Ständige** Gemeindeangestellter ~~darf dürfen~~ der ~~ihm- ihr~~ unmittelbar vorgesetzten Behörde nicht angehören. ~~Er kann~~ **Diese können** jedoch mit beratender Stimme zu den Verhandlungen zugezogen werden.

Mitglieder des Vorstandes und Gemeindeangestellte können nicht Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sein.

### Artikel 16

#### Ausstands Pflicht

Ein Mitglied einer Gemeindebehörde hat bei Verhandlungen und Abstimmungen über eine Angelegenheit in Ausstand zu treten, wenn es selbst oder eine mit ihm im Ausschlussverhältnis im Sinne von Art. 14 Abs. 1 stehende Person daran ein unmittelbares persönliches Interesse hat.

Ein Mitglied der Geschäftsprüfungskommission hat bei der Prüfung der Rechnungs- und Geschäftsführung einer Behörde, Kommission oder Amtsstelle in Ausstand zu treten, wenn es selbst oder eine Person, die mit ihm im Sinne von Art. 14 Abs. 1 im Ausschlussverhältnis steht, dieser Behörde, Kommission oder Amtsstelle angehört.

Ist der Ausstand streitig, entscheidet darüber die jeweilige Behörde unter Ausschluss des betreffenden Mitgliedes.

**Neuer Artikel (Schweigepflicht) gemäss Art. 18 Mustergesetz**

Mitglieder von Behörden sowie Gemeindeangestellte und Private, die öffentliche Aufgaben erfüllen, sind über Angelegenheiten, die sie in ihrer amtlichen oder dienstlichen Stellung wahrgenommen haben, zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit an der Geheimhaltung ein überwiegendes öffentliches oder privates Interesse besteht oder wenn eine besondere Vorschrift dies vorsieht.

Über die Aufhebung der Schweigepflicht eines Behördenmitglieds entscheidet die Behörde im Ausstand des betreffenden Mitglieds, über jene der weiteren der Schweigepflicht unterliegenden Personen die dieser jeweils vorgesetzten Behörde.

Formatiert: Schriftart: Fett, Hervorheben

Formatiert: Schriftart: Fett

**Artikel 17**

*Petitionsrecht*

Das Petitionsrecht ist gewährleistet. Jeder Gemeindegewohner kann Anträge, Begehren und Beschwerden den Gemeindebehörden schriftlich einreichen. Diese ist verpflichtet, dazu innert drei Monaten in geeigneter Form Stellung zu nehmen.

**Artikel 18**

*Initiativrecht*

50 in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigte können unterschrieben die Abstimmung über einen von ihnen eingebrachten Vorschlag verlangen. Davon ausgeschlossen sind Beschlüsse, die Gemeindebehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit gefasst haben, oder geregelte Rechtsbeziehungen zwischen der Gemeinde und Dritten.

Die Initiative kann entweder in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfes eingebracht werden. Sie ist mit den Unterschriften beim Gemeindevorstand einzureichen.

**Artikel 19**

*Verfahren bei Initiativen*

~~Ein gültig zustande gekommenes Initiativbegehren ist zusammen mit einem vom Gemeindevorstand verfassten Gutachten spätestens sechs Monate nach seiner Einreichung in der Gemeindeversammlung zu behandeln.~~

~~Der Gemeindevorstand ist verpflichtet, ein gültig zustande gekommenes Initiativbegehren mit seiner Stellungnahme und allenfalls mit einem Gegenvorschlag spätestens innert 8 Monaten der Gemeindeversammlung zu unterbreiten.~~

~~Der Gemeindevorstand kann der Gemeindeversammlung auch Gegenvorschläge unterbreiten.~~—Liegt ein solcher Gegenvorschlag vor, wird zunächst zwischen diesem und der Initiative entschieden. Hierauf hat die Gemeindeversammlung durch definitive Abstimmung über Annahme oder Verwerfung jenes Vorschlages zu entscheiden, der aus der ersten Abstimmung hervorgegangen ist.

**Artikel 20**

*Rückzug der Initiative*

Ein Initiativbegehren kann von den fünf Erstunterzeichnern bis zur Abstimmung jederzeit zurückgezogen werden, sofern es keine anderslautende Rückzugsklausel enthält.

#### Artikel 21

##### *Rechtswidrige Initiative*

Ist der Inhalt eines Initiativbegehrens rechtswidrig, wird es vom Gemeindevorstand nicht der Gemeindeversammlung vorgelegt. Der Gemeindevorstand gibt den Initianten in einem solchen Fall von seinem Beschluss und unter Angabe der Gründe schriftlich Kenntnis.

#### Artikel 22

##### *Motion*

~~Der Stimmberechtigte~~ Jede oder jeder Stimmberechtigte hat das Recht, in der Gemeindeversammlung Anträge zu stellen, die einen nicht auf der Traktandenliste aufgeführten Gegenstand betreffen und in der Kompetenz der Stimmberechtigten liegt. ~~Der Gemeindevorstand erstattet in der Regel der nächsten Gemeindeversammlung Bericht und stellt Antrag zur Motion.~~ Wird ein solcher Antrag von der Gemeindeversammlung als erheblich erklärt, hat der Gemeindevorstand innerhalb von 8 Monaten der Gemeindeversammlung einen ausgearbeiteten Entwurf zum Entscheid zu unterbreiten. ~~den Antrag zusammen mit einem Gutachten innerhalb von sechs Monaten der Gemeindeversammlung zu unterbreiten.~~

Im Übrigen gelten, mit Ausnahme von Art. 20, die Bestimmungen über die Initiative (Art. 18 ff.) sinngemäss.

#### Artikel 23

##### *Auskunftsrecht*

In der Gemeindeversammlung kann jeder Stimmberechtigte Auskunft über den Stand oder die Erledigung einer Gemeindeangelegenheit verlangen. Die Auskunft ist spätestens an der nächsten Gemeindeversammlung zu erteilen. Die Erteilung der Auskunft kann verschoben werden oder unterbleiben, wenn ihr erhebliche Interessen der Gemeinde oder Dritter entgegenstehen.

Vorbehalten bleiben das Amtsgeheimnis und die Vorschriften über den Datenschutz.

#### Artikel 24

##### *Eidgenössische und kantonale Wahlen*

Für eidgenössische und kantonale Wahlen und Abstimmungen gelten die einschlägigen Bestimmungen des Bundes und des Kantons.

#### Artikel 25

##### *Verantwortlichkeit*

Die Verantwortlichkeit der Gemeindeorgane für Schaden, den sie in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachen, richtet sich nach dem kantonalen Gesetz über die Staatshaftung.

#### Artikel 26

##### *Beschwerderecht*

Das Beschwerderecht gegen Beschlüsse und Verfügungen der Gemeindeorgane richtet sich nach der kantonalen Gesetzgebung.

#### Artikel 27

##### *Protokoll*

Über die Verhandlungen der Gemeindeversammlung, des Gemeindevorstandes und der weiteren Gemeindebehörden oder Kommissionen

sind gesonderte Protokolle zu führen, die mindestens über die Beschlüsse, die Ergebnisse der Wahlen sowie allfällige Beanstandungen betreffend die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensbestimmungen Auskunft geben.

Die Protokolle sind vom Protokollführer/der Protokollführerin und nach ausdrücklicher oder stillschweigender erfolgter Genehmigung von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.

Das Protokoll der Gemeindeversammlung wird innerhalb eines Monats nach der Versammlung auf der Gemeindekanzlei aufgelegt und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen auf der Internetseite der Gemeinde publiziert.

Einsprachen gegen das Protokoll der Gemeindeversammlung sind innert der Auflagefrist von 30 Tagen schriftlich an den Gemeindevorstand einzureichen. Diese werden an der nächsten Gemeindeversammlung behandelt und das Protokoll anschliessend genehmigt.

#### Artikel 28

*Einsichtnahme in die Protokolle* Die Protokolle der öffentlichen Gemeindeversammlungen stehen je dermann ~~Stimmberechtigten~~ zur Einsicht offen.

Die Einsicht in die Protokolle des Gemeindevorstandes und der übrigen Gemeindebehörden wird nur gestattet, wenn schutzwürdige Interessen geltend gemacht werden können.

Der Anspruch auf Einsicht kann durch Aushändigung eines Protokollauszuges erfüllt werden.

#### **Neuer Artikel zur Informationspflicht gemäss Art. 32 der Muster-** **verfassung**

Der Gemeindevorstand informiert die Öffentlichkeit periodisch und in angemessener Weise über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse.

Formatiert: Schriftart: Fett, Hervorheben

Formatiert: Schriftart: Fett

## II. Gemeindeorganisation

### 1. Ordentliche Gemeindeorgane

#### Artikel 29

*Organe der Gemeinde* Die ordentlichen Organe der Gemeinde sind:

- a) die Gemeindeversammlung
- b) der Gemeindevorstand
- c) die Geschäftsprüfungskommission

- a) Die Gemeindeversammlung

#### Artikel 30



Gemeinde-  
versammlung

Die Gemeindeversammlung ist das oberste Organ der Gemeinde, in welcher die stimmberechtigten Einwohner die ihnen in Gemeindeangelegenheiten zustehenden Rechte ausüben.

**Artikel 31**

Befugnisse

Der Gemeindeversammlung stehen folgende Befugnisse zu:

1. Die Vornahme der Wahlen:
  - a) des Gemeindepräsidenten oder der Gemeindepräsidentin
  - b) der übrigen Mitglieder des Vorstandes
  - c) der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommissiondie übrigen Wahlen, sofern sie nicht ausdrücklich einer anderen Behörde überlassen sind;
2. der Erlass und die Abänderung der Gemeindeverfassung, der Gemeindegesetze ~~und der allgemeinverbindlichen Verordnungen und Reglemente;~~
3. die Genehmigung des Budgets Voranschlages und der Gemein-  
dorechnung-Jahresrechnung sowie die Festsetzung des Steuerfusses;
4. die Bewilligung von Ausgaben und Aufwendungen, die im Budget Voranschlag nicht vorgesehen sind und die finanziellen Kompetenzen anderer Organe übersteigen;
5. die Ermächtigung zum Erwerb, Verkauf und zur Verpfändung von Grundeigentum sowie zur Einräumung und Auflösung von Dienstbarkeiten und Grundlasten, sofern der Vorstand nicht zuständig ist. Vorbehalten bleiben die Rechte der Bürgergemeinde;
- ~~9. die Aufnahme neuer Anleihen und das Eingehen von Bürgschaften; sowie die Gewährung von Darlehen, wenn sie die Finanzkompetenz des Gemeindevorstandes übersteigt und nicht im Rahmen der bestimmungsgemässen Verwendung von Fondsgeldern durch die zuständige Behörde liegt;~~
7. die Erteilung und wesentliche Änderung von Wassernutzungskonzessionen, die Ausübung des Heimfallrechts im Sinne der Wasserrechtsgesetzgebung und die Einräumung anderer Sondernutzungsrechte;
8. die Beschlussfassung über die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, Korporationen und regionalen Institutionen;
- ~~9. die Gewährung von Darlehen, wenn sie die Finanzkompetenz des Gemeindevorstandes übersteigt und nicht im Rahmen der bestimmungsgemässen Verwendung von Fondsgeldern durch die zuständige Behörde liegt;~~
10. die Beschlussfassung über die Bildung eines Gemeinde- oder Regionalverbandes oder über den Beitritt zu einem solchen;
11. die Beschlussfassung über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden.

**Kommentiert [MD1]:** Mit Art. 5 Abs. 2 GG wird im Wesentlichen das Ziel verfolgt, in der Rechtsetzung eine erwünschte Einheitlichkeit in der Bezeichnung der gemeindeeigenen Rechtsgrundlagen herzustellen und damit auch eine gewisse Orientierungs- und Rechtssicherheit zu ermöglichen. In diesem Sinne wird neu – neben der Verfassung – nur noch die Bezeichnung als Gesetz und Verordnung vorgesehen. Die Bezeichnung als Reglemente, Weisungen, Richtlinien und dergleichen sollte nicht mehr verwendet werden.  
Vgl. auch die Ausführungen im Ginfo 2/2017 zu Art. 5 GG: <https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dfg/afg/Dokumentenliste/Ginfo%202-2017%20dt.pdf>

Stark vereinfacht ausgedrückt wären in diesem Sinne die Stimmberechtigten in Flerden für die Verfassungs- und Gesetzgebung und der Vorstand für die Verordnungsgebung zuständig.

### Artikel 32

Einberufung,  
Traktanden

Die Gemeindeversammlung wird vom Gemeindevorstand einberufen.

Es darf nur über Verhandlungsgegenstände Beschluss gefasst werden, welche auf der mindestens ~~zehn~~ Tage vor der Gemeindeversammlung bekannt gegebenen Traktandenliste verzeichnet sind.

Kommentiert [MD2]: Zwingend gemäss Art. 21 Abs. 2 GG.

Bei Geschäften von grösserer Tragweite für die Gemeinde erarbeitet der Gemeindevorstand eine Botschaft zuhanden der Stimmberechtigten und stellt sie diesen rechtzeitig zu oder publiziert sie auf der Internetseite der Gemeinde.

### Artikel 33

Beschlussfähigkeit

Jede ordnungsgemäss einberufene Gemeindeversammlung ist beschlussfähig.

Die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensbestimmungen ist bei gegebener Zumutbarkeit sofort zu beanstanden. Andernfalls entfällt das Beschwerderecht.

Neuer Artikel Öffentlichkeit/ Ausstand gemäss Art. 39 der MV  
Die Gemeindeversammlungen sind öffentlich.

Über die Zulässigkeit von Bild- und Tonaufnahmen entscheidet die Gemeindeversammlung. Jede stimmberechtigte Person kann verlangen, dass ihre Äusserungen und Stimmabgaben nicht aufgezeichnet werden.

Den Ausschluss von nicht stimmberechtigten Personen wird angeordnet, soweit überwiegende öffentliche oder private Interessen an einzelnen Geschäften dies erfordern.

Die für Behörden massgebenden Ausstandsgründe gelten nicht für die Teilnehmenden der Gemeindeversammlung.

### Artikel 34

Versammlungs-  
leitung

Die Gemeindeversammlung wird vom Gemeindepräsidenten geleitet. Im Verhinderungsfall ~~übernimmt~~ ~~er~~ ~~das~~ Vizepräsident oder ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes ~~an seine Stelle diese Funktion.~~

### Artikel 35

Vorberatung

Die Gemeindeversammlung darf nur über Sachgeschäfte Beschlüsse fassen, die vom Gemeindevorstand vorberaten wurden und dieser Antrag gestellt hat.

### Artikel 36

Stimmzähler

Die Gemeindeversammlung bezeichnet die notwendigen Stimmzähler.

### Artikel 37

Abstimmungs-

Die Abstimmungen werden offen durchgeführt. Sie sind schriftlich

*modus* vorzunehmen, wenn ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten dies verlangt.

Massgebend ist bei der offenen Abstimmung das absolute Mehr der Stimmenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet ~~der Präsident~~das Präsidium.

Bei der schriftlichen Abstimmung ist das absolute Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen massgebend. Leere Stimmzettel werden nicht gezählt. Stehen die Stimmen ein, ist die Vorlage abgelehnt.

#### **Artikel 38**

*Wahlmodus* Die Wahlen werden schriftlich durchgeführt. Wenn kein Einspruch erhoben wird, können sie mit Ausnahme der Gemeindevorstandswahlen durch Offenes Handmehr getroffen werden. Gewählt ist, wer das absolute Mehr der gültigen Stimmen erreicht.

Bei Gesamtwahlen werden alle gültigen Kandidatenstimmen zusammengezählt und durch die doppelte Zahl der freien Sitze geteilt; die nächsthöhere ganze Zahl ist das absolute Mehr.

Kommt bei Einzelwahlen eine Wahl nicht zustande oder sind bei Gesamtwahlen weniger Kandidaten gewählt, als zu wählen sind, so findet ein zweiter, freier Wahlgang statt. Gewählt sind dabei jene Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Stehen die Stimmen ein, so entscheidet über die Wahl oder die Reihenfolge des Einsitzes das Los.

#### **Artikel 39**

*Wahlen in verschiedene Ämter* ~~Wird jemand~~ Wer in verschiedene Ämter, die sich gegenseitig ausschliessen, gewählt wird, hat ~~er~~ sich ohne Verzug für das eine oder andere Amt zu entscheiden.

Liegen Ausschlussgründe im Sinne von Art. 14 vor, so ist bei gleichzeitiger Wahl derjenige gewählt, der mehr Stimmen auf sich vereinigt. Haben beide Kandidaten gleich viele Stimmen erhalten, entscheidet das Los.

Wird eine der Personen, zwischen denen ein Ausschlussgrund im Sinne von Art. 14 besteht, gewählt und ist die andere im Amt, ohne dass gleichzeitig mit der Wahl der ersteren ihre Wiederwahl anstünde, so ist die Wahl ungültig.

#### **Artikel 40**

*Wiedererwägung* Ein Beschluss der Gemeindeversammlung kann dieser jederzeit zur Wiedererwägung unterbreitet werden. Vorbehalten bleiben Rechte Dritter.

Vor Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten eines Beschlusses ist auf eine Wiedererwägung nur einzutreten, wenn dies mit Zweidrittelsmehrheit der Stimmenden beschlossen wird.

b) Der Gemeindevorstand

#### Artikel 41

*Funktion und Zusammensetzung* Der Gemeindevorstand ist die ~~Verwaltungs- und Polizeibehördeleitende Behörde der Gemeinde der Gemeinde.~~

Er besteht aus der Gemeindepräsidentin oder dem Gemeindepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern ~~und hat ein Stellvertreter.~~

Der Gemeindevorstand bezeichnet die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten aus seiner Mitte.

#### Artikel 42

*Sitzungen* Der Gemeindevorstand wird durch die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten oder gegebenenfalls durch ~~die~~ essen Stellvertreter ~~unger~~ einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern.

Auf Verlangen von zwei Gemeindevorstandsmitgliedern ist ~~das~~ Präsidentium verpflichtet, eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen.

#### Artikel 43

*Beschlussfähigkeit* Der Gemeindevorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder ~~oder Stellvertreter~~ anwesend sind.

#### Artikel 44

*Abstimmungen und Wahlen* Für alle Entscheide gilt das absolute Mehr der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet ~~der Präsident~~ das Präsidium, bei Wahlen das Los.

~~Jedes Mitglied ist zur Abgabe seiner Stimme verpflichtet. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über den Ausstand.~~

#### Artikel 45

*Aufgaben und Kompetenzen* Dem Gemeindevorstand stehen alle Befugnisse zu, welche nicht durch eidgenössisches oder kantonales Recht, durch Gemeindeverfassung oder Gemeindegesetz einem anderen Organ übertragen sind. Ihm obliegen insbesondere:

1. der Vollzug des eidgenössischen und kantonalen Rechts sowie der Gemeindegesetze, Verordnungen und der Gemeindeversammlungsbeschlüsse;
2. die Vorbereitung aller Vorlagen zuhanden der Gemeindeversammlung;  
Neu: Der Erlass von Verordnungen und Reglementen

3. die Leitung und Überwachung der gesamten Gemeindeverwaltung;
4. die Verwaltung des Gemeindevermögens;
5. die Erstellung der Jahresrechnung und des Budgets ~~Voranschla-~~ ges;

6. die Beschlussfassung über Ausgaben bis zu einem Betrage von CHF ~~10'000~~-20'000 für den nämlichen Gegenstand und bis CHF ~~2'000~~3000.- wenn es sich um jährlich wiederkehrende Ausgaben handelt;
7. die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräusserung und die Verpfändung von Grundeigentum, die Einräumung und Auflösung von Dienstbarkeiten und Grundlasten sowie über Grenzbereinigungen, sofern ein Gesamtbetrag von CHF 10'000.- nicht überschritten wird;
8. die Beschlussfassung über Massnahmen im Rahmen der Boden- und Baulandpolitik;
9. der Abschluss von Verträgen über Angelegenheiten, deren Erledigung in die Zuständigkeit des Vorstandes fällt;
10. der Entscheid über Führung von Prozessen und Beschwerden sowie der Abschluss von Vergleichen oder Schiedsverträgen;
11. die Ausübung der der Gemeinde zustehenden Polizeigewalt und die Strafkompetenz im Verwaltungsstrafverfahren.

#### **Artikel 46**

*Vertretung der  
Gemeinde nach  
ausser*

Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde gegenüber Dritten und vor Gericht.

Der Gemeindepräsident oder der Vizepräsident führt zusammen mit einem weiteren Vorstandsmitglied oder mit dem Gemeindevorstandsschreiber die rechtsverbindliche Unterschrift für die Gemeinde.

#### **Artikel 47**

*Verwaltungs-  
abteilungen*

Die Verwaltung der Gemeinde wird in Abteilungen aufgeteilt. Jedes Mitglied des Gemeindevorstandes führt eine Abteilung. Die Aufteilung nimmt der Gemeindevorstand vor. Sie ist der Gemeindeversammlung zur Kenntnis zu bringen.

#### **Artikel 48**

*Geschäftsführung*

Die Gemeindevorstandsmitglieder haben die in ihren Verwaltungsbe- reich fallenden Geschäfte zu überwachen, die erforderlichen Amts- handlungen vorzunehmen und dem Gemeindevorstand Bericht zu er- statten.

Die Beschlussfassung steht ausschliesslich dem Gemeindevorstand zu. Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung kann der Ge- meindevorstand dem Abteilungsvorsteher zur selbständigen Erledi- gung überlassen.

#### **Artikel 49**

*Gemeindepräsident* Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin leitet die Gemeindeversammlung und präsidiert die Gemeindevorstandssitzungen.

Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin bereitet die Traktandenliste des Gemeindevorstandes vor. Er sorgt unter Beizug der übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes für den Vollzug der gefassten Beschlüsse.

In dringenden Fällen kann er vorsorglich die nötigen provisorischen Anordnungen treffen.

c) Die Geschäftsprüfungskommission

**Artikel 50**

*Zusammensetzung* Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus drei Mitgliedern. Sie konstituiert sich selbst.

**Artikel 51**

*Aufgaben* Die Geschäftsprüfungskommission prüft spätestens nach jedem Jahresabschluss die Rechnungs- und Geschäftsführung ~~sämtlicher Gemeindeämter und allfälliger Sonderkassen.~~ Dder Gemeinde auf ihre Rechtmässigkeit. Sie hat der Gemeindeversammlung schriftlichen Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.

Die Geschäftsprüfungskommission ist befugt, vom Gemeindevorstand Akten und Stellungnahmen einzuverlangen und in sämtliche Akten der Gemeinde Einsicht zu nehmen, sofern diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung sind.

Die Geschäftsprüfungskommission kann bei allen Geschäften Mitglieder des Vorstandes oder anderer Behörden zu ihren Sitzungen einladen. Diese haben der Geschäftsprüfungskommission alle notwendigen Auskünfte zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu erteilen. Sie sind befugt ihre Mitarbeitenden zur Beratung beizuziehen.

~~Mit der~~ Die Geschäftsprüfungskommission überträgt die Rechnungsprüfung ~~kann die Geschäftsprüfungskommission~~ im Einvernehmen mit dem Gemeindevorstand einer im öffentlichen Finanz und Rechnungswesen sachkundigen externen Revisionsstelle überdies das kantonale Amt für Gemeinden oder private Sachverständige betrauen.

Über Feststellungen untergeordneter Natur kann die Geschäftsprüfungskommission dem Gemeindevorstand einen besonderen Bericht erstatten.

d) Der Schulrat

**Artikel 52**

*Träger der Schule* Träger der Volksschule und des Kindergartens ist der Schulverband Oberhessenberg.  
Der Schulrat führt über seine Verhandlungen Protokolle.

### Artikel 53

*Vertretung in den Schulbehörden* Im Schulverband Oberheinzenberg ist die Gemeinde mit zwei Mitgliedern vertreten. Diese werden vom Schulverband an seiner Verbandsversammlung gewählt.

### Artikel 54

*Aufgaben und Befugnisse* Aufgaben und Befugnisse der Schulräte sind in den Statuten des Schulverbandes umschrieben.

### Artikel 55

*Kompetenzen* Dem Schulrat steht neben den im kantonalen Schulgesetz genannten Kompetenzen im ~~w~~weiteren zu:  
Die Vorbereitung des Organisationsstatuts und der Schulordnung zuhanden der Gemeindeversammlungen.

### Artikel 56

*Schullokaltäten* Der Schulverband ist verantwortlich für die Instandhaltung ihrer Schullokaltäten.

## 2. Gemeindeverwaltung / Gemeindeangestellte

### Artikel 57

*Gemeindeverwaltung, Aufgaben* Die Gemeindeverwaltung ist administrativ dem Gemeindepräsidenten unterstellt. Sie besorgt das gesamte Rechnungswesen und die übrigen öffentlichen Verwaltungsaufgaben und vollzieht die Beschlüsse des Gemeindevorstandes, soweit nicht Abteilungsleiter damit betraut sind.

### Artikel 58

*Gemeindekanzlist* Der Gemeindekanzlist leitet die Gemeindeverwaltung.

### Artikel 59

*Anstellung des Personals* Der Gemeindevorstand stellt das Gemeindepersonal an, soweit kein anderes Organ damit betraut ist.

Soweit die Gemeinde keine abweichenden Bestimmungen erlässt, richten sich Dienstverhältnis und Besoldung nach der jeweiligen kantonalen Personalgesetzgebung.

## III. Finanzen, Steuern und andere Abgaben

**Kommentiert [MD3]:** Flerden ist nicht selbst Trägerin der Volksschule. Diese Aufgabe wird durch den Schulverband Oberheinzenberg wahrgenommen, welcher seine Organisation – u. a. seine Organe – in den Verbandsstatuten geregelt hat. Der Schulrat ist folglich ein Organ des Gemeindeverbandes und nicht von der Gemeinde Flerden. Die Rechte und Pflichten im Schulbereich sind in den Verbandsstatuten normiert. Eine selbständige Regelungskompetenz kommt der Gemeinde in diesem Bereich heute nicht zu. Die vorliegenden Bestimmungen zum Schulrat sollten daher gestrichen werden.

### Artikel 60

#### Finanzhaushaltsgrundsätze

Die öffentlichen Mittel sind sparsam und wirtschaftlich einzusetzen.

Der Finanzhaushalt soll mittelfristig ausgeglichen sein.

Jede Ausgabe setzt eine Rechtsgrundlage, einen Kreditbeschluss und eine Bewilligung für die Zahlung voraus.

### Artikel 61

#### Grundsätze der Rechnungsführung

Die Rechnungslegung Gemeinderrechnung ist nach den allgemein anerkannten Grundsätzen für das Rechnungswesen der öffentlichen Haushalte zu führen.

~~Die Bestandesrechnung ist durch planmässige Abschreibungen auf eine gesunde Grundlage zu stellen.~~

~~Die an bestimmte Zwecke gebundenen Mittel (Fonds, Stiftungen und Spezialfinanzierungen) sollen ausgedehnt und ihrer Zweckbestimmung gemäss verwaltet werden.~~

Die Bestandes- und die Verwaltungsrechnung sind Jahresrechnung ist der Gemeindeversammlung, zusammen mit dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission, bis Ende Mai zur Genehmigung vorzulegen.

Der Voranschlag Das Budget und der Steuerfuss für das Rechnungsjahr sind bis spätestens Mitte Dezember des Vorjahres der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

### Artikel 62

#### Zusammensetzung des Vermögens

Das Vermögen der Gemeinde besteht:

- den Sachen im Gemeingebrauch;
- dem Verwaltungsvermögen;
- dem Finanzvermögen;
- dem Nutzungsvermögen;

### Artikel 63

#### Steuern und Abgaben

Die Gemeinde deckt ihren Finanzbedarf insbesondere aus Steuern, Vermögenserträgen sowie Beiträgen und Gebühren.

Formatiert: Textkörper-Einzug 2, Einzug: Links: 0 cm, Erste Zeile: 0 cm, Tabstopps: Nicht an 4 cm



#### Artikel 64

*Nutzungstaxen und  
Kostenbeiträge;  
Nutzungszinsen*

Für die Gewährung der Nutzungen erhebt die Gemeinde Nutzungstaxen oder Pachtzinsen.

Die Gemeinde kann ausserdem von den Berechtigten für die von ihnen tatsächlich bezogenen Nutzungen angemessene Kostenbeiträge erheben.

Als Entgelt für Nutzungen aufgrund von Konzessionen oder Bewilligungen für gesteigerten Gemeingebrauch erhebt die Gemeinde Taxen, die in der Regel dem Wert der Nutzung entsprechen.

#### Artikel 65

*Vorzugslasten*

Erstellt die Gemeinde Werke oder Einrichtungen, die für bestimmte Personen einen besonderen Vorteil oder für bestimmte Vermögensobjekte eine Werterhöhung bewirken, so kann sie nach Massgabe der kantonalen Gesetzgebung und gegebenenfalls von besonderen Gemeindegsetzen einen diesem Vorteil entsprechenden Beitrag an die Kosten des Werkes erheben.

#### Artikel 66

*Gebühren*

Die Gemeinde kann von den Benützern der von ihr erstellten und betriebenen Werke, Unternehmungen und Einrichtungen Gebühren erheben, deren Höhe sich nach den einschlägigen Gemeindeerlassen richtet.

Als Entgelt für eine bestimmte Inanspruchnahme der Gemeindeverwaltung oder für die Vornahme einer bestimmten Amtshandlung (z.B. Erteilung von Bewilligungen) kann die Gemeinde Verwaltungsgebühren erheben.

Die Höhe der Gebühren ist in der Regel so anzusetzen, dass sie dem Wert der erbrachten Leistung für den Empfänger entspricht und die Kosten und der Aufwand der Gemeinde gedeckt werden können.

#### Artikel 67

*Steuern*

Die Gemeinde erhebt Steuern gemäss Gemeindesteuergesetz. Dieser Erlass bedarf der Genehmigung durch die Regierung.

Subsidiär gilt für die Gemeinde die kantonale Steuergesetzgebung.

#### Artikel 68

*Kurtaxe und Tourismusförderungs-  
abgabe*

Zur Förderung des Tourismus erhebt die Gemeinde eine ~~Kur-~~Gäste- und ~~eine~~-Tourismusförderungsabgabe gemäss dem Tourismusförderungsgesetz der Gemeinde.

Die Einnahmen sind zweckgebunden und dürfen einzig für touristische Zwecke verwendet werden. ~~nicht zur Finanzierung von ordentlichen Gemeindeaufgaben verwendet werden.~~

#### IV. Bürgergemeinde

##### Artikel 69

*Rechte* Die Rechte der Bürger und der Bürgergemeinde innerhalb der politischen Gemeinde richten sich nach der kantonalen Gesetzgebung.

#### V. Kirchwesen

##### Artikel 70

*Kirchgemeinde* Die Rechte der Kirchgemeinde bleiben im Sinne der Kantonsverfassung gewährleistet. Sie verwaltet ihr Vermögen selbständig.

#### VI. Schlussbestimmungen

##### Artikel 71

*Revision* Die vorliegende Verfassung kann jederzeit ganz oder teilweise revidiert werden. Jede Revision tritt mit der Beschlussnahme in Kraft.

##### Artikel 72

*In-Kraft-Treten* Die vorliegende Verfassung tritt mit ihrer Annahme durch die Gemeindeversammlung in Kraft.

Sie ist der Regierung zur Genehmigung vorzulegen, ~~welche sie auf ihre Rechtmässigkeit prüft~~. Dies gilt auch für jede nachträgliche Änderung oder Ergänzung der Verfassung.

##### Artikel 73

*Aufhebung* Diese Verfassung ersetzt diejenige vom ~~02.04.1996~~30. März 2012 / ~~Nr. 700~~

*widersprechender Bestimmungen*

Mit ihrem In-Kraft-Treten sind alle Beschlüsse der Gemeinde, welche der neuen Verfassung widersprechen, aufgehoben.

Also beschlossen durch die Gemeindeversammlung vom 28. März 2019

Der Gemeindepräsident:

Der Aktuar:

.....

.....

Von der Regierung genehmigt gemäss Beschluss vom